



4 VERPFLICHTET
Anshel kommt aus Düsseldorf und gehört seit eineinhalb Jahren der Golani-Einheit an

14 VERGNÜGT
Wie Israelis in Berlin den Unabhängigkeitstag feiern

17 VERBUNDEN
Adriana Altaras, Josef Joffe und Henryk M. Broder über ihre Beziehung zu Israel



BERLIN, DEN 23. APRIL 2015

4. IJAR 5775

CH 4,00 SFR | A 2,50 EURO | BENELUX 2,50 EURO | F 2,50 EURO | D 2,20 EURO

70. JAHRGANG

NR. 17 A 1107

EINSPRUCH



Efraim Zuroff erklärt, wie wichtig eine Verurteilung im jüngsten Prozess gegen einen NS-Verbrecher ist

Was von Lüneburg abhängt

Der Prozess gegen den früheren SS-Mann Oskar Gröning, der in dieser Woche in Lüneburg eröffnet wurde, stellt ein Novum dar. Zum ersten Mal seit dem Urteil gegen John Demjanjuk, einen Wachmann des KZ Sobibor, 2011 in München, wird hier jemand genau deswegen angeklagt, weil er Dienst geleistet hat in einem NS-Todeslager oder in einer der Einsatzgruppen, die mehr als eine Million Juden in der Sowjetunion ermordet haben. Beinahe 50 Jahre lang war es in Deutschland gängige juristische Praxis, die Anklagebehörde nachweisen zu lassen, dass ein Verdächtiger ein ganz konkretes Verbrechen gegen ein ganz konkretes Opfer begangen hatte. Das war oft sehr schwierig, meist war es unmöglich.

Zwei Aspekte sind es, die den Gröning-Prozess bislang einzigartig machen. Zum einen war Gröning offenbar, anders als Demjanjuk, nicht aktiv an körperlichen Misshandlungen und der Ermordung von Häftlingen in Auschwitz beteiligt. Über zwei Jahre lang diente er der SS als eine Art Buchhalter, trug das Geld und die Habseligkeiten, die den Häftlingen von den Nazis gestohlen wurden, in Listen ein. Zum anderen ist die Tatsache hervorzuheben, dass Gröning, anders als die anderen NS-Täter, die in jüngster Vergangenheit vor Gericht standen, die schrecklichen Verbrechen, die in Auschwitz begangen wurden, bestätigt hat. Auch wenn er selbst jede persönliche Schuld bestreitet.

Der erste Punkt bedeutet, dass hier erstmals das, was im Demjanjuk-Verfahren als Präzedenzfall geschaffen wurde, für alle Personen, die in Vernichtungslagern dienten, Anwendung finden soll. Der zweite Aspekt könnte Einfluss auf das Strafmaß haben. Aus diesen Gründen ist nicht nur der Prozess selbst, sondern auch sein Abschluss mit einer Verurteilung von einer Bedeutung, die weit über Grönings individuelles Schicksal hinausweist. Wenn er nicht verurteilt würde, könnte das unsere große Hoffnung, die wenigen noch lebenden Täter der Schoa zu überführen, zunichtemachen.

Der Autor ist Direktor des Simon Wiesenthal Center in Jerusalem.

INHALT

ZEITGESCHEHEN 2

Buchhalter vor Gericht
Auschwitz: Über 60 Nebenkläger bei Prozess gegen SS-Mann

UNSERE WOCHE 9

In der Fremde
Persönliche Betrachtungen eines ehemaligen Kontingentflüchtlings

KULTUR 18

»Sie sind ein ekelhafter Mensch«
Der Briefwechsel von Marcel Reich-Ranicki und Peter Rühmkorf



Bekenntnis zu Israel

JOM HAAZMAUT Das Lebensrecht des jüdischen Staates darf unter keinen Umständen infrage gestellt werden

Der schleichende Erosionsprozess des Verhältnisses zu Israel in den demokratischen Staaten ist bedenklich.

Foto: Thinkstock

VON RAFAEL SELIGMANN

Ich stehe zu Israel. Ohne Wenn und Aber. Das muss am Jom Haazmaut, an Israels 67. Geburtstag, gesagt werden. Die Aussage erscheint banal – für Staaten wie Frankreich, die Niederlande, Costa Rica, Iran, Ägypten, Deutschland. Josef Stalin bekannte: »Die Hitlers kommen und gehen, das deutsche Volk bleibt bestehen.« Infolge des deutschen Angriffskrieges gegen die Sowjetunion (1941–1945) wurden mehr als 20 Millionen Sowjetbürger umgebracht, unvorstellbare Verbrechen geschahen. Doch der sowjetische Diktator Stalin, dem keine Untat fremd war, blieb nüchtern. Nie stellte er die Existenz des deutschen Volkes infrage.

Dagegen wird das Existenzrecht Israels heute, ein Pensionsalter nach dessen Gründung, keineswegs nur vom iranischen Regime, der Hisbollah und der Hamas bestritten. Die Zerstörung Zions wird offen als Ziel verkündet und als »nicht verhandelbar« deklariert. Dies wird in vielen Staaten widerspruchslos hingenommen.

Bedenklich ist auch der schleichende Erosionsprozess des Verhältnisses zu Israel in den demokratischen Staaten. Bundeskanzlerin Merkel erklärte vor sieben Jahren in der Knesset Israels Sicherheit zur deutschen Staatsräson und damit für nicht verhandelbar. Entsprechend äußert sich Außenminister Steinmeier. Doch unterhalb der offiziellen Ebene wird dem jüdischen Staat vielfach die Solidarität aufgekündigt – ohne dass es den Betroffenen selbst bewusst wird.

Als der Literaturnobelpreisträger Grass »mit letzter Tinte« Israel als Gefahr für den Weltfrieden anprangerte, teilte die Mehrheit der Deutschen seine Auffassung. Warum? Weil Israel durch Gewalt entstand, wie alle anderen Staaten? Weil es bei Angriffen gegen seine Bevölkerungszentren mit Gewalt antwortet? Es ist richtig, über die Verhältnismäßigkeit zu streiten, doch

das Recht auf Selbstverteidigung billigt die UN-Charta jedem Staat zu.

Während einer Podiumsdiskussion fragte mich ein deutscher Student in Washington, ob man »Israel nicht kritisieren darf«. Selbstverständlich kann man die Politik des jüdischen Staates tadeln, doch warum stellt man ausgerechnet Israels Bestehen zur Disposition? Das ist entscheidend. Israels tagtägliche Politik und deren Akteure werden ständig beanstandet. Dies geschieht in Israels Presse und mit gleichem Recht in den deutschen Medien. Ob man Israels Premier Netanjahu mag, ist Ansichtssache. An seiner Legitimation durch demokratische Wahlen ist jedoch nichts auszusetzen. Doch wo wird heute noch her-

Israel wird mit anderen Maßstäben gemessen als andere Länder.

vorgehoben, dass Israel die einzige Demokratie in dieser Weltgegend ist? Dass im israelischen Parlament die Arabische Liste, die die Regierungspolitik, ja Israel als jüdischen Staat ablehnt, die drittgrößte Kraft ist? Dass israelische Gerichte wiederholt arabischen Klägern gegen die Regierung in Jerusalem recht geben? Dass die überwiegende Mehrheit der israelischen Araber in Israel und nicht in Palästina oder einem arabischen Staat leben möchte?

Nachdem das Rahmenabkommen zwischen Iran und den ständigen Mitgliedern des UN-Sicherheitsrates plus Deutschland geschlossen worden war, jubelten die Menschen in Teheran. Sie erhoffen sich ein Ende der Sanktionen. In Israel dagegen herrschte quer durch alle jüdischen Parteien und, was schwerer wiegt, in weiten Teilen der Bevölkerung Bedrückung. Wenn man sich mit den Menschen unterhielt, spürte man deren Angst. Eine Reporterin

des ZDF sah sich gleichwohl am Tag nach der Vereinbarung veranlasst, in einer Nachrichtensendung von der »Kriegsrhetorik« Netanjahus zu sprechen. Hier wird die Wahrheit auf den Kopf gestellt! Nie hat ein israelischer Minister, ein Regierungschef, auch kein General, das Lebensrecht Irans bestritten. Umgekehrt wird Israels Vernichtung von iranischen Politikern, den religiösen Führern und den Militärs ständig das Wort geredet.

Israel wird mit einem anderen Maßstab gemessen als andere Länder. Die Kritik ist fundamental, gnadenlos, mitunter lediglich unbedacht. Dass diese grundsätzliche Kritik, das Urteilen mit unterschiedlichen Maßstäben, auch unter Juden geschieht, macht keinen Unterschied. Es gibt allenthalben Selbstgerechte. Der jüdische Staat Israel hat in seiner kurzen Geschichte vieles falsch gemacht. Etwa bei der Integration sefardischer Zuwanderer. Doch es wurden drei Millionen Immigranten aufgenommen, das sind knapp fünfmal so viele, wie die ursprüngliche Bevölkerung zählte – auf Deutschland umgerechnet wären das mehr als 300 Millionen Zuwanderer! Dennoch gelang die Einordnung weitgehend.

Die Besetzung der arabischen Gebiete nach dem Krieg von 1967 ist ein fataler politischer und vor allem ein gesellschaftlicher Fehler, der Israels Identität als jüdischer Staat zunehmend gefährdet. Israel wird strategische Kompromisse und Risiken mit den Palästinensern eingehen müssen, um seine Zukunft zu sichern. Es gibt vieles zu kritisieren in Israel, dies wird glücklicherweise hier wie dort getan.

Aber an dem Lebensrecht des jüdischen Staates darf unter keinen Umständen gerüttelt werden. Wenn das geschieht, dann verlieren die Länder der demokratischen Welt ihren Anstand. Auch daher stehe ich zu Israel. Tun Sie es auch.

Der Autor ist Herausgeber der »Jewish Voice from Germany«.

INTERVIEW

Renzo Gattegna über die Flüchtlingstragödie im Mittelmeer, jüdische Hilfsinitiativen und Europas Politik



»Gastfreundschaft ist eine Mizwa«

Herr Gattegna, am Samstag sind Hunderte Flüchtlinge auf dem Weg nach Europa im Mittelmeer ertrunken. Wie reagieren Italiens jüdische Gemeinden darauf?

Es ist eine Tragödie – und das nur wenige Kilometer von unserer Küste entfernt! Unschuldige Menschenleben und die Hoffnung auf Freiheit wurden zunichtegemacht. Wir sind entsetzt über diejenigen, die sogar angesichts dieser tragischen Ereignisse fremdenfeindliche Ressentiments schüren.

Inwiefern fühlen sich die Gemeinden mit dem Schicksal der Flüchtlinge verbunden?

Wir denken voller Schmerz an die Opfer. Die tragischen Nachrichten erinnern uns an eine schreckliche Vergangenheit, als auch Juden fliehen mussten und zu Opfern wurden. Heute wie damals sind alle Bürger, denen die Demokratie am Herzen liegt, aufgefordert, sich Gehör zu verschaffen. Gleichgültigkeit ist keine Option.

Italien ist das Land in der EU, das die meisten Flüchtlinge aufnimmt. Wie wirken sich die hohen Zahlen auf die jüdischen Gemeinden aus?

Sie haben keine wirklichen Auswirkungen. Wir sehen diese Menschen mit tiefem Respekt und Empathie.

Gibt es in Italien jüdische Flüchtlingsinitiativen?

Eines der jüngsten Projekte wurde kürzlich in Florenz ins Leben gerufen. Dort hat die örtliche Gemeinde ihre Türen geöffnet, um einige Einwanderer aus Afrika unterzubringen. Im Judentum ist Gastfreundschaft eine Mizwa. Unsere Gemeinden versuchen, denjenigen, die in Schwierigkeiten sind, zu helfen. Solidarität muss ein kategorischer Imperativ sein, vor allem in dieser Krisenzeit.

Sollte das Asylrecht gelockert werden?

Das wäre ein möglicher Weg. Aber es ist Aufgabe der Politiker, sich klar dazu zu äußern und wirksame Vorschläge zu machen. Allerdings sollten wir nicht vergessen, dass es bereits ein großer Schritt wäre, wenn die bestehenden Vorschriften effektiv umgesetzt und alle Möglichkeiten genutzt würden.

Wie können weitere Tragödien im Mittelmeer verhindert werden?

Die Anrainerstaaten müssen stärker und effektiver zusammenarbeiten. Wir müssen etwas gegen die Krise in Libyen tun und gleichzeitig mit eiserner Faust gegen die Schlepperbanden vorgehen, die Tausende unschuldiger Menschen ausnutzen. Ganz wichtig ist, dass die anderen Länder Italien mit dieser dramatischen Situation nicht allein lassen.

Was genau sollten Europas Politiker Ihrer Meinung nach tun?

Sie sollten sich bewusst sein, dass diese Herausforderung alle betrifft, ohne Ausnahme. Das Mittelmeer ist das Meer Europas und die Wiege der Zivilisation. Es ist eine moralische Verpflichtung, sicherzustellen, dass sich eine solche Tragödie nicht wiederholt, damit die Region eines Tages wieder sicher sein kann.

Mit dem Präsidenten des Verbandes der jüdischen Gemeinden Italiens sprach Daniel Mosseri.

